

Keiner kannte Kötter

Zum privaten Teilbetrieb der künftigen JVA Offenburg

Der Würfel ist gefallen - ohne dass der BSBD-Landesverband mitwürfeln konnte oder durfte!!

Mit Medieninformation vom 28. Dezember 2007 gab das Justizministerium Baden-Württemberg bekannt, dass der „Zuschlag für teilprivatisierten Betrieb der JVA Offenburg an KÖTTER Justizdienstleistungen GmbH & Co. KG, Essen geht.“ Und weiter: „Der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot hat den Zuschlag erhalten.“

Damit ziehen erstmals private Arbeitskräfte in erheblichem Umfang in eine baden-württembergische Vollzugsanstalt ein. Zu den 120 Landesbeamten gesellen sich dann 100 KÖTTER-Arbeitnehmer, dies entspricht genau einem Anteil von 45,5 % Privaten. Mit dieser Entscheidung des Justizministers zieht aber auch eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Bediensteten in die künftige JVA Offenburg ein. Dort die privaten Arbeitskräfte für Einfachstaufgaben - hier die Beamten für hoheitliche Aufgaben, bei denen die „Kastanien aus dem Feuer“ zu holen sind. Nach Lesart des Justizministeriums heißt dies: „Die Einbeziehung eines privaten Dienstleisters bezieht sich allein auf Tätigkeiten im Vollzug, denen kein Eingriffscharakter gegenüber Inhaftierten zukommt“ (Medieninformation vom 28. Dezember 2007). Im Klartext heißt das aber auch: An den Beamten bleiben hängen: (körperliche) Durchsuchungen - auch unter Entkleidung -, Maßnahmen bei Verdacht auf „Body Packing“, Verbringung in den besonders gesicherten Haftraum, Anwendung unmittelbaren Zwangs bei Widersetzlichkeiten von Gefangenen, körperlicher Einsatz bei der Schlichtung von Schlägereien unter Gefangenen u.v.a.m. Die privaten Arbeitskräfte dürfen bei solchen Anlässen - so auch eine Entscheidung einer Strafvollstreckungskammer - zum Teil noch nicht mal zusehen, geschweige denn eingreifen.

Und wie ist es mit Anstaltspsychologen,

die in die Seele des Gefangenen eindringen? Wie mit **Sozialpädagogen**, die Einstellungen und Verhalten von Gefangenen ändern? Wie mit **Pädagogen**, die Wissenslücken in den Köpfen von Gefangenen auffüllen? Haben diese Tätigkeiten etwa keinen „Eingriffscharakter“, zumal sich die Gefangenen ja in einer staatlichen Zwangssituation befinden?

Man wird sich mit dem Gedanken anfreunden müssen, dass alle diese Tätigkeiten auf ihre hoheitliche Substanz und damit auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft werden müssen, sofern sie vom Privaten ausgeübt werden. Eine weitere Brisanz kennzeichnet die Zwei-Klassen-Gesellschaft: Die Verdienstmöglichkeiten, kurz: die Löhne der privaten Dienstleister.

Nach der Verlautbarung des Justizministeriums wird „durch den privaten Teilbetrieb mit einer **Einsparung von insgesamt knapp 1 Mio. Euro** während der vertraglichen Laufzeit von fünf Jahren gerechnet“. Dies erscheint jedoch nur möglich, wenn die Personalkosten entsprechend gering ausfallen. Leider ist in der Medieninformation vom 28. Dezember 2007 mit keinem Wort erwähnt, wie die Lohngestaltung bei der Firma KÖTTER GmbH & Co. KG, Essen aussieht. Hierzu kann aber ein frei zugänglicher Internetartikel zitiert werden: **Die Einsparungserwartung „ist nicht verwunderlich, denn der Bewachungsbereich der Sicherheitsbranche ist ein Niedriglohnsektor. Löhne zwischen 3,50 und 4,50 Euro pro Stunde sind keine Seltenheit. Der Preiskampf um die Aufträge in Haftanstalten geht heute so weit, dass selbst Gütesiegelunternehmen wie Securitas AG ihre Mitarbeitern weniger als 4,25 Euro pro Stunde bezahlen.“** Hierzu sagte ein Securitas-Mitarbeiter: **„Man sieht eigentlich nicht ein, warum man für diesen Hungerlohn Leib und Leben aufs Spiel setzen soll, um einen flüchtenden Insassen um jeden Preis aufzuhalten“.**

Und selbst wenn ein privater Mitarbeiter nur 1.500 Euro brutto pro Monat (dies entspricht in etwa dem Grundgehalt nach A 2 BBesO) erhält, so ist dies für die Sicherheitsfirma KÖTTER pro Jahr ein Kostenaufwand für die 100 Beschäftigten von **1,8 Mio. Euro** - in fünf Jahren sind es **9 Mio. Euro** - mit Lohnnebenkosten: **12 Mio. Euro**. Diesen Betrag muss die Firma KÖTTER als Privatunternehmen erwirtschaften, was ohne Subventionen aus dem Jus-

tizhaushalt nicht möglich erscheint. Da das Justizministerium zu diesen Vertragsbedingungen bisher keine Angaben gemacht hat und auch vergleichende Wirtschaftlichkeitsberechnungen nicht bekannt sind, mangelt es völlig an Transparenz und führt notgedrungen zu Spekulationen.

Und was passiert auf dem Einkommenssektor, wenn - wie zu erwarten ist - auch im Wach- und Sicherheitsgewerbe alsbald **gesetzliche Mindestlöhne** eingeführt werden? Kann dann die KÖTTER GmbH & Co. KG den anvisierten Mindestlohn von **7,50 Euro** zahlen oder wird sie darunter bleiben müssen? Wird das Justizministerium nachverhandeln und höhere Subventionen in Kauf nehmen müssen? **Oder beginnt gar die Aufnahme des privaten Dienstbetriebes in der JVA Offenburg im Jahre 2009 mit einem Streik?**

Viele Fragen, die noch der Beantwortung harren. Solche stellen sich auch im Hinblick auf die Geschichte und die Erfahrung im Strafvollzug der Firma KÖTTER GmbH & Co. KG. Nach dem Internetbeitrag wurde die Firma KÖTTER **1934 als westdeutscher Wach- und Schutzdienst Fritz KÖTTER**, als Familienunternehmen gegründet. Dies bedurfte damals sicher der staatlichen Genehmigung und es wäre interessant zu erfahren, mit welchen Schutz- und Wachaufgaben das private Unternehmen von damals bis heute betraut war. Die Erfahrungen im Strafvollzug beziehen sich insbesondere auf den Einsatz in Abschiebeeinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen. Diese Tätigkeiten sind jedoch nur sehr bedingt vergleichbar mit den Aufgaben im Untersuchungshaft- und Strafvollzug an Erwachsenen sowie insbesondere in einer sozialtherapeutischen Einrichtung, wie dies in Offenburg vorgesehen ist.

Aber aus Nordrhein-Westfalen liegen auch andere Erfahrungen vor. Dazu schreibt der bereits zitierte Artikel aus dem Internet: „Schlechte Löhne, schlechte Ausbildung, schlechte Qualität - dieser Vorwurf muss sich die Bewachungs- und Sicherheitsbranche gefallen lassen. **So verweist Klaus Jäkel, NRW-Landesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) auf die vielen Pannen, die der Firma KÖTTER bei der Häftlingsrevolte am 18. April 1995 in Büren unterliefen, bei der nur ein Amtskollege im Haus war.“** Und weiter: **„In einer Essener Haftanstalt wurde der Einsatz von KÖTTER-Sicherheitskräften wegen gehäufter Verfehlungen bereits 1999 von der Landesregierung gestoppt.“**

Mittlerweile hat die Firma KÖTTER seit 2001 einen Sicherheitsbeirat ins Leben gerufen, der mit bekannten Persönlichkeiten besetzt ist. Hierzu gehört auch der ehemalige **Abteilungsleiter Gerhard Starke** im Justizministerium von Nordrhein-Westfalen sowie der **Gründer Ulrich Wegener** der „legendären“ Antiterrorereinheit GSG 9. Wie dessen Erfahrungen auf den Strafvollzug übertragen werden sollen, erschließt sich allerdings nicht auf Anhieb. Gerhard Star-

HAMBURG - MANNHEIMER

Beamten- & Angestelltendarlehen Beamte auf Probe

z. B. Ablösung teurer Kredite (Girokonten)

Festzinsgarantie · Sondertilgung möglich

von 5000,- € bis 77.000,- € Tilgung über Lebensversicherung

14 Jahre Laufzeit · Alter 28 Jahre

Festzins 5,70 %, effekt. Jahreszins 6,22 %

10.000,- € mtl. Rate ab 103,60 €

20 Jahre Laufzeit · Alter 28 Jahre

Festzins 6,15 %, effekt. Jahreszins 6,74 %

30.000,- € mtl. Rate ab 266,25 €

Aljets-Finanz Darlehensvermittlung
Zedernring 9 · 27777 Ganderkesee

Tel.-Nulltarif (08 00) 1 01 25 55

Fax 04223 / 38 17 57

www.aljets-finanz.de

ke indessen hat geäußert, dass er „seine Erfahrungen und Überzeugungen transferieren (will), dass die Grenzen zwischen staatlicher Sicherheitsgewährleistung und privaten Diensten fließend sind und sich je nach Haushaltslage zu der letzteren hin verschieben werden“. Dies lässt durchaus eine Tendenz zur Gewinnoptimierung erkennen.

Leider blieb der **BSBD**-Landesverband – trotz vielfältiger und nachdrücklicher Bemühungen – von dem gesamten Ausschreibungs- und Auswahlverfahren völlig ausgeschlossen. Die bisher zusammengetragenen bruchstückhaften Erkenntnisse über private Vollzugsbetreiber im Allgemeinen und über die Firma KÖTTER im Speziellen lassen die Sorgen des Landesvorstandes um die Zukunft des Justizvollzugs jedoch nicht kleiner werden – eher im Gegenteil. Die Bedenken und Einwände wurden deshalb auch in der **Presseerklärung vom 15. Dezember 2007** (s. an anderer Stelle dieser Ausgabe) und in dem **Schreiben an Minister Willi Stächele** im September 2007 (s. Vollzugsdienst 6/2007, S. 10 f.) deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Sorgen haben sich vermehrt:

- Die erwähnte **Zwei-Klassen-Gesellschaft in einer Anstalt gefährdet den**

sozialen Frieden, die Lohnunterschiede werden zu Neiddebatten führen.

- **Bei einem Anteil von über 45 % Privaten können die Kernbereiche Sicherheit und Behandlung nicht mehr nur in staatlich hoheitlicher Hand bleiben. Die Abgrenzungen werden sehr schwierig werden, die Grenzen voraussichtlich verwischen. Dies kann zu erheblichen Konflikten führen, insbesondere dann, wenn die Gefangenen von ihrem Beschwerderecht Gebrauch machen – und das werden sie!**
- **Insbesondere die zu erwartende hohe Fluktuation und die Rekrutierung von privaten Arbeitskräften lässt die Sorge des BSBD um die Sicherheit in der Anstalt noch größer werden. Welchen Einfluss haben Anstaltsleiter, Personalrat und Personalverwaltung noch auf die Einstellung von privaten Mitarbeitern der Firma KÖTTER? Wie kann beispielsweise verhindert werden, dass Angehörige von „Russland-deutschen Seilschaften“ oder von anderen mafiösen Gruppierungen sich bewerben und eingestellt werden. Ist in diesem Zusammenhang noch eine Konsultation des LKA gewährleistet?**

Und nochmals zum Schluss eine letzte Frage: Trotz hoher unbestrittener Fachkompe-

tenz sah sich das Justizministerium nicht in der Lage, das europaweite Ausschreibungs- und Angebotsverfahren in eigener Regie vorzunehmen. Nach unserer Information wurden damit eine Kanzlei in Stuttgart zur Prüfung der korrekten Anwendung der europäischen Ausschreibungsvorschriften und eine Düsseldorf Unternehmenseberatung mit der Durchführung der Ausschreibung sowie mit der Sichtung und Bewertung der Angebote beauftragt. **Über die Kosten für diesen Ausflug zu Externen hat sich das Justizministerium bisher ausgeschwiegen. Sie dürften jedoch derart erheblich sein, dass die eingangs erwähnte Ersparnis von insgesamt knapp 1 Mio. Euro in fünf Jahren bereits vorab aufgezehrt gewesen sein dürfte. Dies wäre insoweit eine Frage, die auch den Landtag von Baden-Württemberg und den Landesrechnungshof interessieren sollte.**

Als Fazit bleibt:

Der BSBD-Landesvorstand kann nicht begreifen, wie sich eine bisher seriöse und weitgehend erfolgreiche Vollzugspolitik mit engagierten und ihrem Eid verpflichteten Landesbeamten derart in die Abhängigkeit eines unkontrollierbaren Experiment begeben konnte.

Presseerklärung

Privatisierung im Justizvollzug

Der **BSBD** hat den Kabinettsbeschluss zur Teilprivatisierung der künftigen Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg aus der Presseerklärung des Justizministeriums vom 11.12.2007 erfahren. Von konstruktiver Mitarbeit wurde der **BSBD** ausgeschlossen, trotz vielfacher Bemühungen seit 2 Jahren und Zusagen von höchster politischer Stelle! So von **Staatsminister Willi Stächele** am 16. August 2006 in der Staatskanzlei in Stuttgart.

Das gesamte Privatisierungsverfahren war aus unserer Sicht geprägt durch Geheimniskrämerei und Blockaden seitens des Justizministeriums.

Jetzt wird durch eine 40-50%-ige Privatisierung des Vollzugsbetriebs in Offenburg auch in die Kernbereiche Sicherheit und Behandlung tief eingedrungen, was der **BSBD** unbedingt verhindern wollte- Unsere Bedenken bleiben bestehen, denn Vergleiche mit der JVA Hünfeld (Hessen) sind abwegig. Dort werden nur Erstbestrafte mit relativ kurzen Freiheitsstrafen, keine Sexualstraftäter und keine Gewalttäter untergebracht. Neben unberechenbaren Untersuchungsgefangenen aus der grenzüberschreitenden Kriminalität werden in der neuen JVA Offenburg auch 60 Haftplätze für die Sozialtherapie eingerichtet, wo vielfach vorbestrafte Schwerstkriminelle aus den Bereichen brutaler Sexual-

und Gewaltstraftaten zu behandeln sein werden.

Und diese werden Privaten anvertraut: kaum ausgebildetem und schlecht bezahltem Wach- und Versorgungspersonal, aber auch Therapeuten wie Ärzte, Psychologen, Sozialpädagogen usw. werden privat gestellt.

Wir befürchten bei privatem Personal:

- Keine oder wenig Ausbildung und Vorbereitung auf die schwierigen Aufgaben im Strafvollzug,
- beschränkte Prüfung durch die Justiz bei Einstellungen,
- geringe Bezahlung – mit den Folgen:
- häufiger Personalwechsel,
- Anfälligkeit für Korruption und Kumpanei mit Gefangenen,
- Neiddebatten innerhalb der Anstalt,
- Streiks.

Im sensiblen Bereich des Justizvollzugs sind hoheitliche Aufgaben weit zu fassen: Alle, die mit Gefangenen zu tun haben, greifen in die Persönlichkeit des Gefangenen ein. Dies sind nicht nur die Vollzugsbeamten, die unmittelbaren Zwang und körperliche Gewalt bei Widersetzlichkeiten von Gefangenen einsetzen müssen, sondern auch alle Behandler, die eine Verhaltens- oder Persönlichkeitsveränderung des Gefangenen bewirken wollen. Auch dies wird – u. E. verfassungswidrig – auf Private übertragen.

Wenn das JUM sagt, alle Tätigkeiten mit Eingriffscharakter werden von Privaten ferngehalten, dann hat dies auch eine Kehrseite: die schwierigen und Konflikt beladenen Aufgaben, kurz: die „Knochen- und Drecksarbeit“ bleibt an den wenigen Vollzugsbeamten vor Ort hängen! Es ist beachtlich, wie der „politische Wille“, wie die Eckpunkte des FDP-Programms durchgepaukt wurden: Privatisierung – koste es was es wolle!

Es wird zwar darauf hingewiesen, dass knapp eine Million Euro in fünf Jahren (!) eingespart werden sollen. Von Vorleistungen durch private Anwaltskanzleien und Unternehmensberater, die die gesamte Ausschreibung und das Angebotsverfahren gemanagt und dafür viel Geld aus dem Justizhaushalt bekommen haben, kaum ein Wort! D. h., es ist davon auszugehen, dass die Einsparungen von 1 Million Euro vorab schon aufgebraucht worden sind.

Bemerkenswert: CDU/FDP in NRW und CSU in Bayern sind strikt gegen Privatisierung. Erstaunlich, dass die CDU in Baden-Württemberg, die weit überwiegend auch gegen Privatisierung ist, widerstandslos dem Junior koalitionär klein beigegeben hat. Dabei sind Private nicht billiger, wie „Neustart“ bei Bewährungs- und Gerichtshilfe beweist: 60 Millionen Euro (!) mussten am Landtag vorbei für luxuriöse Repräsentationszwecke und für PC-Ausstattung nachgebuttert werden!

Stuttgart, den 15.12.2007

Ernst Steinbach, Landesvorsitzender

BNN vom 28. 12. 07

100 private Mitarbeiter für neues Gefängnis geplant

Land will in Offenburg eine Million Euro einsparen

Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Haendle

Offenburg/Stuttgart. Bei der heftig umstrittenen Teilprivatisierung des neuen Offenburgers Gefängnisses sollen nur rund 120 der insgesamt 220 Planstellen mit staatlichem Vollzugspersonal besetzt werden.

Durch die Auslagerung von 100 Planstellen an eine Sicherheitsfirma aus Essen verspricht sich Justizminister Ulrich Goll (FDP) innerhalb von fünf Jahren eine Ersparnis von rund einer Million Euro. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (**BSBD**) befürchtet durch den Einsatz von schlechter bezahltem Personal eine „Anfälligkeit für Korruption und Kumpanei mit Gefangenen“ sowie „Neiddebatten innerhalb der Anstalt“.

Justizminister Goll hält die Kritik der Vollzugsbeamten für nicht gerechtfertigt: „Abstriche“ bei der Sicherheit machen wir nicht“, erklärte der Liberale gestern in einer Mitteilung. Als günstigster Anbieter habe die Unternehmensgruppe Kötter den

Zuschlag für den privaten Teilbetrieb erhalten. Die 1934 als Schutz- und Wachdienst gegründete Firma beschäftigt nach eigenen Angaben mittlerweile bundesweit an 50 Standorten rund 10 800 Mitarbeiter und hat auch von Sachsen-Anhalt den Auftrag für den Teilbetrieb der künftigen Vollzugsanstalt Burg erhalten, die wie Offenburg im Jahr 2009 in Betrieb gehen soll.

Vollzugsbedienstete warnen vor Korruption

In dem Offenburgers Neubau sind 440 Haftplätze sowie eine sozialtherapeutische Einrichtung für Sexualstraftäter mit weiteren 60 Plätzen vorgesehen. Auch der rund 80 Millionen Euro teure Bau der Anstalt wird als Privatmodell abgewickelt – hier hatte das Unternehmen Züblin den Zuschlag erhalten. Der Neubau ersetzt die veraltete und mit 50 Plätzen viel zu kleine Justizvollzugsanstalt in der Offenburgers Innenstadt.

Weder das Stuttgarter Justizministerium

noch die Kötter Justizdienstleistungen GmbH & Co. KG machten gestern Angaben über die geplante Bezahlung des Privatpersonals. Goll betonte jedoch, dass die künftigen Mitarbeiter von Kötter lediglich mit nachrangigen Aufgaben wie Küche, Wäsche, Einkauf, Reinigungsdienste sowie Freizeit, Ausbildung und Sport beauftragt würden. Alle hoheitlichen Aufgaben mit direkter Auswirkung auf die Gefangenen würden in staatlicher Hand verbleiben. Der Justizminister hält es jedoch für vorstellbar, dass beispielsweise die Videoüberwachung sensibler Anstaltsbereiche „ohne Weiteres“ auf private übertragen werden könnte.

Kötter begleitet Privatisierungsprozesse im Justizvollzug bereits seit mehr als einem Jahrzehnt, so Sprecher Carsten Gronwald. Um den Dialog mit der öffentlichen Hand zu verbessern, hat die familiengeführte Unternehmensgruppe bereits im Jahr 2000 einen Sicherheitsbeirat ins Leben gerufen, dem unter anderem mit Ulrich Wegener der Gründer der Antiterrorreinheit GSG 9 angehört.

Stuttgarter Zeitung vom 17. Dezember 2007

Teilprivatisierung von Gefängnis in Offenburg heftig kritisiert

STUTTGART (lsw). Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (**BSBD**) hat die Teilprivatisierung der künftigen Justizvollzugsanstalt in Offenburg (Ortenaukreis) heftig kritisiert. Die Vergabe an ein Unternehmen greife in die Kernbereiche Sicherheit und Behandlung tief ein, monierte der **BSBD**-Landesverband gestern in Stuttgart. Die Landesregierung billigte vergangene Woche den Einsatz eines privaten Dienstleisters für das noch im Bau befindliche Gefängnis. Das neue Gefängnis mit 500 Plätzen und 220 Beschäftigten soll 2009 eröffnet werden. Der Betrieb des Gefängnisses war im Mai 2006 europaweit ausgeschrieben worden.

Der **BSBD** kritisierte, Sexualstraftäter und Gewaltverbrecher würden kaum ausgebildetem und schlecht bezahltem Personal, aber auch privat angestellten Therapeuten, Ärzten und Psychologen anvertraut. Justizminister Ulrich Goll (FDP) hatte betont, der Betreiber werde für die nicht hoheitlichen Bereiche Verpflegung, Wäscherei, Arbeit, Ausbildung, medizinische Betreuung und Gebäudemanagement zuständig sein.

Dagegen sind aus Sicht des Berufsverbandes hoheitliche Aufgaben im Justizvollzug weit zu fassen: Alle, die mit Gefangenen zu tun hätten, griffen in die Persönlichkeit der Gefangenen ein. Wenn tatsächlich alle Tätigkeiten mit Eingriffscharakter von Privaten ferngehalten werden sollten, bleibe die „Knochen- und Drecksarbeit“ an den wenigen Vollzugsbeamten hängen.

Die angestrebten Einsparungen von einer Million Euro über fünf Jahre hinweg sind nach Überzeugung des **BSBD** bereits durch die Vorleistungen privater Anwaltskanzleien und Berater für die Ausschreibung und das Angebotsverfahren aufge-

zehrt worden. Das Angestelltenverhältnis birgt aus Sicht des **BSBD** etliche Gefahren, so etwa Korruption und Kumpanei mit Gefangenen aufgrund geringer Bezahlung, Neiddebatten innerhalb der Anstalt und Streiks.

Ordnung hinter Gittern:

Gefängnisse in Baden-Württemberg setzen auf Dienstplanmanager „made in Zweibrücken“

Nach guten Erfahrungen mit Datenbank gestützten Dienstplan-Verwaltungen für Gefängnisse in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz setzen nun auch baden-württembergische Haftanstalten auf den Einsatz-Manager der Zweibrücker Gisbo Softwareentwicklung und EDV-Beratung GmbH. Nach Abschluss der Pilotphase in drei Mannheimer JVA's soll der Gisbotimer im zweiten Halbjahr 2008 in allen 17 Gefängnissen des Landes eingesetzt werden.

„Das Programm lässt sich individuell auf die Bedürfnisse und Anforderungen jedes Bundeslandes zuschneiden. Den Vollzugsbeamten vor Ort bieten wir eine transparente und übersichtliche Lösung bei der Verteilung von Sonder-, Nacht- und Wochenenddiensten. Außerdem können die Mitarbeiter direkten Einblick in ihren jeweiligen Dienstplan nehmen“, erklärt Firmengründerin Stella Hussong und Geschäftspartnerin Sabine Eßer ergänzt: „Unsere Software reagiert flexibel, wenn es gilt Überstunden abzubauen oder wenn sich der Dienstplan krankheitsbedingt ändert.“ Derzeit haben die beiden Unterneh-

merinnen alle Hände voll damit zu tun, die von ihnen entwickelte Software an die Gegebenheiten anderer, rund um die Uhr im Schichtbetrieb arbeitenden, Unternehmen der öffentlichen Hand anzupassen. Grundsätzlich ist das Programm geeignet, auch in Krankenhäusern oder auf Polizei- und Feuerwachen eingesetzt zu werden. „Es scheint als sei es den guten Erfahrungen von Justizbehörden in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gelungen, Gitter und Mauern zu überwinden“, verrät Sabine Esser mit einem Augenzwinkern. Interessenten bekommen weitere Informationen im Internet: www.GISBOTIMER.de

Landesvorstand im Landtag aktiv

Ausführliche Gespräche fanden statt

- mit dem Strafvollzugsbeauftragten **Thomas Oelmayer der Fraktion GRÜNE am 12.12.2007** und
- mit dem **Arbeitskreis I „Recht und Verfassung“ der SPD-Fraktion am 13.12.2007**
- mit den Landtagsabgeordneten: **Rainer Stickelberger, Birgit Kipfer, Stephan Braun, Peter Höfelich und Nikolaus Sakellariou** sowie der parlamentarischen Beraterin **Simone Gessmann**.

Von Seiten des Landesvorstands nahmen teil: der Vorsitzende **Ernst Steinbach** und seine Vertreter **Georg Konrath** (am 12.12.07), **Elfriede Ensle-Bohn** (am 13.12.07) sowie Pressereferent **Wolfgang Klotz**.

Der Landesvorstand hatte ausgiebig Gelegenheit, vor allem folgende brennenden Vollzugsprobleme nachdrücklich vorzutragen und sich zu positionieren.

Haftplatzentwicklungsprogramm (HapeP) „Justizvollzug 2015“

- Vermeidung übergroßer, schwer regierbarer Anstalten
- Erhalt einer **JVA in Waldshut-Tiengen** und von kleinen Sondereinrichtungen (z. B. Drogentherapie für Jugendstrafgefangene)
- unauflösbarer Widerspruch: Standortgarantie für kleine **Amtsgerichte vs. Schließung ortsnaher Vollzugseinrichtungen** mit allen Folgeproblemen für weite Vorfür- und Termintransporte.

Teilprivatisierung der künftigen JVA Offenburg

mit einer Tiefe von **40-50 %** in den **Kernbereichen Sicherheit und Behandlung**.

Dienstrechtsreform

mit Leistungselementen, Erhöhung des Pensionsalters, besonderer Antragsaltersgrenze, Anpassung von Zulagen und strukturelle Verbesserungen im gehobenen Dienst.

Im Hinblick auf das **HapeP** wurden dem Landesvorstand Unterstützung und Nachfrage bei der Landesregierung zugesagt. Überhaupt keinerlei Gefallen konnte der **SPD-AK I** an der **Privatisierung** finden. Die **Kernbereiche** seien **tabu** und müssen in **staatlicher Hand** bleiben.

Der Abgeordnete der GRÜNEN und Jurist **Oelmayer** hält die Privatisierung im Justizvollzug für **nicht verfassungskonform**, denn überall dort, wo es sich um **Eingriffsbefugnisse** handelt, seien dies auch **hoheitliche Aufgaben**.

Einhellig waren die Abgeordneten der beiden Fraktionen der Meinung, dass es bei der Erhöhung des Pensionsalters auf 67 Jahre keinen Sonderweg und damit Sonderopfer für baden-württembergische Beamte geben darf. Mit der vorgezogenen Einführung in Abweichung von der Rente und von den Bundesbeamten steht die **CDU und Ministerpräsident Oettinger** ohnehin allein auf weiter Flur. Selbst der Koalitionspartner **FDP** ist nicht bereit, die schrittweise Altersanhebung auf die **Jahre 2010-2018** vorzuziehen, sondern es bei der **bundesweiten Zeitspanne von 2012-2029** zu belassen. Hieran – so die Zusagen am 12. und 13.12.2007 – halten auch **SPD und GRÜNE** standhaft fest.

BSBD Fachgruppenvertretertagung des Techn. Dienstes am Donnerstag den 29. 11. 2007 in Rottenburg

Am Donnerstag, den 29.11.2007 fand in der JVA Rottenburg die jährlich stattfindende Tagung der Fachgruppenvertreter des Technischen Dienstes des BSBD Baden-Württemberg statt.

Der Anstaltsleiter der JVA Rottenburg Herr Lt. Reg. Dir. Wolfgang Williard hieß den Hauptpersonalratsvorsitzenden Herrn Georg Konrath, sowie die anwesenden Fachgruppenvertreter herzlich willkommen und stellte den Anwesenden mit einem kurzen Abriss die JVA Rottenburg vor.

Anschließend begrüßte der Landesfachgruppenvertreter Michael Gunkel die anwesenden Kollegen, besonders herzlich hieß er den Hauptpersonalratsvorsitzenden Herrn Georg Konrath willkommen.

Herr Konrath hielt einen interessanten Vortrag über aktuelle Themen im Vollzug. Er berichtete über das Haftplatzentwicklungsprogramm, welches die Schaffung von 2400 neuen Haftplätzen bis zum Jahr 2015 zum Ziel hat.

Im Gegenzug dadurch würden 1200 Haftplätze durch Schließung kleinerer Anstalten wegfallen, was für die dort beschäftigten Beamten einschneidende soziale Folgen nach sich ziehen würde.

Desweiteren schilderte Konrath die Vor- und Nachteile der bevorstehenden Dienstrechtsreform.



Weitsichtig sei der für die Landesbeamten eingeführte Pensionsfond, weniger erfreulich das geplante Disziplinarrecht, wodurch die zum unmittelbaren Vorgesetzten verkürzte Verfahrenslänge sich nicht gerade Vorteilhaft für den beschuldigten Beamten auswirken muss.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen fand eine Führung durch die Werkbetriebe statt, wodurch ein reger fachbezogener Erfahrungsaustausch in Gang kam.

In der Abschlussbesprechung wurden die momentan größten Probleme des Technischen Dienstes angesprochen, der konti-

nuierlich steigende Zeitverbrauch am PC, um SAP und QM Maßnahmen fachgerecht umsetzen zu können.

Dies darf nicht zu Lasten von Sicherheit und Ordnung gehen, ebenso wenig können Qualitätseinbußen akzeptiert werden.

Eindeutiger Tenor der Besprechung ist, dass Anforderungen und Mehrbelastungen eine deutliche Erhöhung der Stellenzulage des Technischen Dienstes erfordern. Die Versammlung schloss in der Hoffnung auf eine noch stärkere Teilnahme im nächsten Jahr.

Neuwahlen und Ehrungen

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg

Am 29. November 2007 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg im Gasthaus Weststadion statt. Der Ortsverbandsvorsitzende Heinz Wintergerst begrüßte alle anwesenden Mitglieder sehr herzlich, ganz besonders den Anstaltsleiter Herrn Rösch, den stellvertr. Anstaltsleiter und Justiziar im Landesverband Herrn Maurer-Hellstern, den Verwaltungsleiter, Mitglied in der BSBD Bundesleitung sowie Schrift- und Verlagsleiter des „Vollzugsdienstes“, Herrn Peter Zielinski, den stellvertretenden Landesvorsitzenden Hansjörg Schwaab, den stellvertr. Landeskassierer Frank Maertins, den Ehrenvorsitzenden des OV Freiburg Franz Rehm, die Kollegen aus Waldshut und Lörrach, sowie alle anwesenden Pensionäre.

Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und einstimmig genehmigt wurde.

Nach der Totenehrung verlas der Schriftführer Werner Bürklin den Tätigkeitsbericht des OV Freiburg vom vergangenen Jahr.

Der Kassenbericht und die Mitgliederbewegungen wurden von der Kassiererin Maria Bohr vorgetragen. Erfreulicher Weise konnte der Mitgliederstand gegen den allgemeinen Trend um 9 Mitglieder auf **321** erhöht werden. Somit ist Freiburg nach wie vor der größte Ortsverband in Baden-Württemberg.

Beim Bericht des Ortsverbandsvorsitzenden waren die Aktivitäten des Ortsverbandes im vergangenen Jahr Thema. Viele Termine und Veranstaltungen wurden durch die Vorstandschaft des OV Freiburg wahrgenommen. Er berichtete von der Landeshauptvorstandssitzung im Frühjahr 2007 in Ulm. Die Herbstsitzung des Landesverbandes wurde am 25. und 26.10.2007 vom Freiburger Ortsverband in Emmendingen-Winderreute im Windenreuter Hof ausgerichtet.

Weitere Termine waren die Teilnahme am Südländertreffen vom 28. 03. bis 30. 03. 2007 in Erfurt. Thema war Ländermeinungsaustausch und Vorbereitung des 4.

Europaseminars in Passau. Vom 02.05. – 05.05.2007 fand dieses Seminar in Passau statt. An diesem Seminar nahmen die Kollegen Adler, Bürklin und Wintergerst teil. Die Europaseminare wurden ursprünglich von den Ländern Baden-Württemberg und Saarland ins Leben gerufen. Dazu kamen die Bayern und Rheinland Pfälzer. Die Idee war „**Europa entsteht in der Begegnung**“. Anstoß war eigentlich das Privatisierungsbestreben im deutschen Strafvollzug. Man wollte als Gewerkschafter über die Grenzen hinweg schauen und mit den umliegenden EU-Ländern einen Strafvollzugsvergleich anstreben. Beim 1. Treffen 2004 in Bacherach/Rhein wurde ein umfangreiches interessantes Arbeitspapier erstellt. Mit dabei waren zwei Kollegen aus Luxemburg. Dieses Papier bildete die Grundlage für weitere Seminare. Es enthält inzwischen einen Abgleich über die Verhältnisse in der BRD, Polen, Tschechien und Österreich. Der Fragekatalog unterscheidet drei große Bereiche, den sozialpolitischen Bereich, den personalpolitischen Bereich und den vollzugsspezifischen Bereich. Im Jahre 2008 folgt die Fortsetzung dieser Seminare, die inzwischen national etabliert sind. Die Freiburger Kollegen wurden in Erfurt beauftragt im Frühjahr 2008 das nächste Südländertreffen zu or-

ganisieren, welches die Grundlage geben soll für das 5. Europaseminar in Rheinland Pfalz und die Teilnehmer ins EU-Land Holland führen wird. Dieses Treffen wird Anfang April 2008 in St. Peter im Schwarzwald stattfinden.

Höhepunkt dieses Jahr war die Pragerreise mit Anstaltsbesichtigung in Jirice vom 01. 11. bis 04. 11. 2007.

Zugesagt wurde die aktive und finanzielle Mithilfe beim Sportfest, welches am **27.06.2007 in Freiburg** stattfindet.

Zum Schluß seines Vortrages bedankte sich Kollege Wintergerst bei allen Mitgliedern und der Vorstandschaft für ihre Treue und geleistete Arbeit im Verband. Er appellierte an alle Dienste, verbündet zu bleiben und sich tatkräftig miteinander



Der 1. Vors. Wintergerst ehrt Koll. Landmann für besondere Verdienste.

für die Belange unseres Verbandes sowie für die Mitgliedererhaltung und Mitgliederwerbung einzusetzen.

Als nächstes berichtete der 1. Landesvorsitzende Ernst Steinbach aktuell vom Landesverband.

Er referierte sehr ausführlich zu den Themen: Föderalismusreform, Jugendstrafvollzugsgesetz, Haftplatzentwicklungsprogramm, Gespräche mit FDP Landtagsfraktion, geplante Gespräche mit den Grünen, SPD und im Frühjahr stattfindende Gespräche mit der Spitze der CDU. Weitere Themen waren: Reform des Beamtendienstrechts, besondere Antragsaltersgrenzen, Besoldungszuschlag, Dienstrechtsreform, Neubau in Offenburg, Farbenwechsel zur blauen Uniform und strukturelle Verbesserungen.

Nach seinen Ausführungen stellte sich der Landesvorsitzende den Fragen der Mitglieder.

Ernst Steinbach bedankte sich für die rege Diskussion und wünschte allen alles Gute. Er bat um Standfestigkeit. Nur gemeinsam könne man etwas erreichen. Wenn man abdriftet, ist das nicht gut. Nur im Schulterschluss können wir Ziele erreichen, die wir uns stellen.



v.l.n.r. Bohr, Schwaab, Adler und Steinbach.

Der 1. Vorsitzende Heinz Wintergerst bedankte sich beim Landesvorsitzenden für dessen interessanten und umfangreichen Vortrag. Als kleines Dankeschön überreichte er ihm ein Weinpräsent im Namen der Vorstandschaft.

Es folgten die Berichte der Fachgruppenvertreter.

Nach der Entlastung der Vorstandschaft stand die Neuwahl auf der Tagesordnung. Gewählt wurden: **1. Vorsitzender:** Heinz Wintergerst, **2. Vorsitzender:** Karl Adler, **Kassierer:** Maria Bohr, **Schriftführer:** Werner Bürklin.

Fachgruppenvertreter: Angestellte: Bernadette Trendle, **Frauen:** Birgitta Schätzle, **Krankenpflegerdienst:** Bernd Allgeier, **Werkdienst:** Otto Menner, **Außenstellen:** Werner Bach, **Mittlerer Verwaltungsdienst:** Marliese Wagner, **Gehobener Dienst:** Peter Storch, **AVD:** Uwe Thiel, **Pensionäre:** Martin Spelge, **Kassenprüfer:** Heinrich Bühner und Ernst Wirth.

Verabschiedung des Vorstandsmitgliedes Catrin Schmidt

Kollege Wintergerst würdigte ihre Arbeit in der Vorstandschaft. Kollegin Catrin Schmidt war fast zwei Legislaturperioden als Fachgruppenvertreter der Angestellten tätig. Er wünschte ihr für die Zukunft alles Gute.

Der Vorsitzende bedankte sich ebenfalls bei der Anstaltsleitung, namentlich bei Herrn Rösch, Herrn Maurer-Hellstern sowie Herrn Zielinski für ihr Kommen und die gute Zusammenarbeit zwischen Anstaltsleitung und Ortsverband.

Anschließend wurden langjährige Mitglieder geehrt.

Für 25-jährige Mitgliedschaft: Burger, Karl; Storch, Peter; Ehrhardt, Bernd und Holzer, Gerhard.

Für 40-jährige Mitgliedschaft: Koch, Hans (WT.)

Für 50-jährige Mitgliedschaft: Ringwald, Erich

Für besondere Verdienste ehrte der 1. Vorsitzende Heinz Wintergerst den Kollegen Klaus Landmann

Für seine Verdienste dankte Koll. Wintergerst im Namen der Vorstandschaft. Klaus war immer ein kompetenter Ansprechpartner für jung und alt. In seiner ruhigen und überlegten Art erfuhr er große Anerkennung bei den Kollegen und Vorgesetzten. Kollege Landmann kann auf eine 30-

jährige Mitgliedschaft im **BSBD** zurückblicken. 12 Jahre war er Mitglied im örtlichen Personalrat, davon war er 11 Jahre Personalratsvorsitzender. 25 Jahre war er Fachgruppenvertreter des AVD. 2 Jahre war er Vorsitzender des Ortsverbandes Freiburg. Seit 1987 bis 2009 ist er Mitglied der Arbeitsgruppe AVD auf Landesebene und von 1997 bis 2009 stellvertretender Spre-

cher der Arbeitsgruppe. Bis zum Jahre 2009 ist er Ersatzmitglied im HPR.

Als Dankeschön und Anerkennung überreichte Koll. Wintergerst einen Gutschein für ein Essen für 2 Personen.

In seiner bekannten, erheiterten und humorvollen Art bedankte sich Kollege Landmann bei der Versammlung.

Bürklin, (Schriftführer)



Der neu gewählte Vorstand, v.l.n.r. 2. Vors. Adler, Bohr, Menner, Wagner, Bach, Storch, Bürklin, Allgeier, Thiel und 1. Vors. Wintergerst.

Fachgruppenvertretertag „AVD“ in Stuttgart

Am 09.11.2007 trafen sich auf Einladung des Landesfachgruppensprechers für den allgemeinen Vollzugsdienst, Alexander Schmid, 18 Fachgruppenvertreter des AVD.

Tagungsort war das Telekom-Tagungshotel in Stuttgart, welches auch der Ort des Landesdelegiertentages 2008 sein wird. In diesem ansprechenden Ambiente wurden die Teilnehmer Eingangs durch Kollegen

Schmid über die Arbeit der Arbeitsgruppe AVD der letzten zwei Jahre informiert. Anschließend konnte der Vorsitzende des HPR und stellv. Landesvorsitzende Kollege Georg Konrath die Anwesenden mit seinen Ausführungen zu aktuellen Themen der Justiz in seinen Bann ziehen. Im Anschluss an die Mittagspause folgte dann als „krönender“ Abschluss noch ein Referat des stellv. Vorsitzenden des BBW Dieter Berberich zu aktuellen Themen der Landespolitik und ihren Auswirkungen auf die Bediensteten des öffentlichen Dienstes. Nach einer angeregten Abschlussrunde traten dann alle Teilnehmer ihren Heimweg an. Der besondere Dank gilt den beiden Referenten Dieter Berberich und Georg Konrath, aber auch allen Kollegen, die die Reise nach Stuttgart angetreten haben, um sich zu informieren und den Austausch mit anderen **BSBD**-Funktionären zu suchen.

Alexander Schmid

Besuchen Sie uns im Internet

www.bsbd-bawue.de

Redaktionschluss

für die nächste Ausgabe

15. März